

öffentliche N I E D E R S C H R I F T
VERTEILER: 3.3.2.

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Sozialausschuss, SOA/009/ XIII	
Sitzung am	: 19.09.2024	
Sitzungsort	: Sitzungsraum 1, Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn	: 18:30	Sitzungsende : 20:16

Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitz	: gez.	Tobias Schloo
Schriftführung	: gez.	Celina Tobergte

TEILNAHMEVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Sozialausschuss
Sitzungsdatum	: 19.09.2024

Sitzungsteilnehmende

Vorsitz

Schloo, Tobias

Teilnehmende

Fahl, Sabine

Goetzke, Peter

Gramsch, Eva

Hahn, Stefanie

Meyer, Kathrin

Rackwitz, Nicole

Rosinsky, Jens

Schütt, Martin

Skutnik, Devina

Stumpf, Thomas

Vorpahl, Doris

Wangelin, Kornelia

Weidler, Ruth

Wendorf, Sven

Vertretung für Frau Frauke Gülle

Vertretung für Frau Nicole Eichel

Vertretung für Herrn Gunnar Löwe

Vertretung für Frau Mascha Kühl

ab 18:39

Vertretung für Herrn Thorsten Borchers

Vertretung für Herrn Volker Holdt

Verwaltung

Bernitt, Tim

Major, Julia

Neuenfeldt, Sirko

Rösel, Kathrin

Tobergte, Celina

Amt 68, Amtsleitung

Dez. I

Amt 50, Amtsleitung

Dez. II, 2. Stadträtin

Amt 50, Protokoll

sonstige

Schmid, Christine

Seniorenbeirat

Entschuldigt fehlten

Teilnehmende

Borchers, Thorsten

Eichel, Nicole

Gülle, Frauke

Holdt, Volker

Kühl, Mascha

Löwe, Gunnar

vertreten durch Frau Ruth Weidler

vertreten durch Frau Stefanie Hahn

vertreten durch Frau Eva Gramsch

vertreten durch Herrn Sven Wendorf

vertreten durch Herrn Thomas Stumpf

vertreten durch Frau Kathrin Meyer

Sonstige Teilnehmende

Vom Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.:

Frau Buschmann

Frau Vogel

Frau Henry

Herr Gabler

Stellvertretung des Vorstandes

Beratungsstellenleitung Norderstedt

Quartiersmitarbeiterin Norderstedt

Koordination Quartiersarbeit

4
**VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE**

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Sozialausschuss
Sitzungsdatum	: 19.09.2024

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

TOP 3 :

Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.07.2024

TOP 4 :

Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 18.07.2024

TOP 5 :

Einwohnerfragestunde, Teil 1

TOP 6 : A 24/0359

Einrichtung eines Beirates für Menschen mit Behinderung gemäß §§47d und 47e GO SH hier: Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 09.09.2024

TOP 7 :

Besprechungspunkt Verbraucherschutz für vulnerable Personengruppen – Quartiersarbeit der Verbraucherzentrale

TOP 8 :

Dauerbesprechungspunkt Wohnraumversorgung

TOP 9 :

Dauerbesprechungspunkt Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten und Asylbewerber*innen

TOP 10 : B 24/0339

Standorte für den seriellen Bau geförderter Wohnungen in Norderstedt

TOP 11 : M 24/0338

1. Halbjahresbericht 2024

TOP 12 :

Einwohnerfragestunde, Teil 2

TOP 13 :
Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 13.1 :
Stand der Einführung der Bezahlkarte (Asylbewerberleistungsgesetz)

TOP 13.2 :
Beantwortung der Einwohnerfrage aus der Sitzung des Sozialausschusses am 20.06.2024, TOP 5.1 zu einer städtischen Notunterkunft

TOP 13.3 :
Verlängerung der Massenzustrom-Richtlinie für Menschen aus der Ukraine

TOP 13.4 :
Projekt „Brückenschlag“ - Antrag beim ESF-Bundesprogramm „EhAP Plus - Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen“

TOP 13.5 :
Anfrage der AfD-Fraktion zur Sicherheitssituation in städtischen Einrichtungen zur Unterbringung von Asylbewerbern

Nichtöffentliche Sitzung

TOP 14 : B 24/0331
Vertragsangelegenheit

TOP 15 : B 24/0342
Vergabeangelegenheit

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Sozialausschuss
Sitzungsdatum	: 19.09.2024

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Schloo eröffnet die Sitzung eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die anwesenden Gäste sowie die Verwaltungsmitglieder und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit bei 14 Mitgliedern fest.

Frau Gramsch von der CDU Fraktion wird von Herrn Schloo gemäß § 46 Absatz 6 Gemeindeverordnung durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet und in ihr Amt eingeführt.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Frau Weidler von der CDU-Fraktion beantragt die 1. Lesung vom nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt 14.

Abstimmung über die 1. Lesung von TOP 14:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	2	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 14 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Abstimmung über die Nichtöffentlichkeit:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	2	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 14 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Abstimmung über die gesamte Tagesordnung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	2	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 14 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

TOP 3:**Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.07.2024**

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 18.07.2024 erhoben. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

TOP 4:**Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 18.07.2024**

Es wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse in der Sitzung vom 18.07.2024 gefasst.

TOP 5:**Einwohnerfragestunde, Teil 1**

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 6: A 24/0359**Einrichtung eines Beirates für Menschen mit Behinderung gemäß §§47d und 47e GO SH hier: Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 09.09.2024**

Die Fraktionen der CDU und SPD stellen ihren Antrag vor. Frau Wangelin erscheint um 18:39 zur Sitzung. Der Sozialausschuss diskutiert. Herr Neuenfeldt und Frau Rösel schlagen aus organisatorischen Gründen vor, die Vorstellung eines Konzeptes gemäß Antrag auf Anfang 2025 zu verschieben. Es gibt keine Einwendungen seitens des Ausschusses.

Auf Nachfrage wird erklärt, dass es bereits eine Stabsstelle für die Inklusion von Menschen mit Behinderung gibt (Stabstelle Chancengleichheit und Vielfalt), diese aktuell aber vakant ist.

Beschluss:

Der Sozialausschuss möge beschließen, dass die Gründung eines Beirates für Menschen mit Behinderung gemäß der §§ 47d und e GO SH geprüft wird. Dem Sozialausschuss soll ein Konzept vorgestellt werden, wie ein solcher Beirat aussehen soll, sodass die Teilhabe von Personen mit allen Formen von Behinderungen in unterschiedlichen Lebensmodellen Berücksichtigung finden. Ein Konzept und eine Satzung sollen an die Konzepte und Satzungen des Seniorenbeirates und des Kinder- und Jugendbeirates angelehnt sein. In den Prozess müssen die Inklusionbeauftragte und die Inklusionsagentur zwingend beteiligt werden und in ein Konzept mit eingebunden werden. Im Rahmen der Konzepterstellung soll zusätzlich folgendes geprüft und aufgeführt werden:

- Fachlichen Begleitung beziehungsweise Assistenz eines solchen Beirates in Form und im Personalaufwand
- Detailliertes Einführungskonzept inkl. Partizipationsmöglichkeiten
- Etwaige Fälle der Verrechnung von Bezügen mit eventuell anfallenden Sitzungsgeldern

Abstimmung über den geänderten Antrag:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3		2	1		
Nein:			3			1	
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

TOP 7:

Besprechungspunkt Verbraucherschutz für vulnerable Personengruppen – Quartiersarbeit der Verbraucherzentrale

Herr Gabler und Frau Henry vom Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. stellen Ihre Arbeit mit Hilfe einer Powerpoint Präsentation vor und beantworten die Fragen des Ausschusses (**Anlage 1**).

TOP 8:

Dauerbesprechungspunkt Wohnraumversorgung

Es gibt keine neuen Themen zu besprechen.

TOP 9:

Dauerbesprechungspunkt Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten und Asylbewerber*innen

Herr Neuenfeldt berichtet, dass bis Anfang September diesen Jahres 408 Geflüchtete in Norderstedt neu untergebracht wurden, das sind im Durchschnitt 12 Personen pro Woche. Im gleichen Zeitraum haben 261 Geflüchtete die städtischen Unterkünfte verlassen. Aktuell sind 1733 Menschen in den städtischen Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften untergebracht.

Zur Jahresmitte sind die Unterbringungszahlen deutlich angestiegen. Grund zur Sorge gibt auch der Zu- und Abgangssaldo bei den Geflüchteten, welcher sich in diesem Jahr wieder deutlich verschlechtert hat. Ende 2023 wurden 54 Geflüchtete mehr in unseren Unterkünften untergebracht als noch am Jahresanfang 2023. In diesem Jahr gab es Stand Anfang September bereits 147 Geflüchtete mehr in den städtischen Unterkünften als noch am Jahresanfang 2024 (zusätzlich ist die Anzahl der untergebrachten Obdachlosen ebenfalls um 13 Personen gestiegen, das sind insgesamt 160 Menschen mehr).

Wenn sich an dieser Situation nichts ändert, werden – unabhängig von bereits geplanten Unterkünften – voraussichtlich noch in diesem Jahr weitere Unterbringungskapazitäten benötigt. Eine verlässliche Prognose der Zugangszahlen ist leider nicht möglich.

Herr Neuenfeldt und Frau Rösel beantworten die Fragen des Ausschusses. Bezüglich eines Integrationskonzeptes führt Frau Rösel aus, dass ein solches nachhaltig sein soll und dementsprechend gut geplant werden muss. Es ist demnächst eine Auftaktveranstaltung geplant. Einen konkreten Termin gibt es noch nicht.

TOP 10: B 24/0339
Standorte für den seriellen Bau geförderter Wohnungen in Norderstedt

Die Fraktion Grüne/Bündnis 90 stellt einen Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag **(Anlage 2)**.

Herr Neuenfeldt weist darauf hin, dass für serielles Bauen andere Richtlinien gelten als für den Bau einer Notunterkunft. Für serielles Bauen stehen in Norderstedt daher kurzfristig (mit vorhandenen Baurechten) nur diese drei Standorte zur Wahl; diese sind mit der Verwaltungsleitung abgestimmt. Auch der EGNO sind die Vorschläge bekannt. Der Ausschuss diskutiert über den Vorschlag, wobei mehrfach auf die von der EGNO geäußerte Kritik am Standort Lawaetzstraße 5-7 Bezug genommen wird.

Abstimmung über den Änderungsantrag gemäß Anlage:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:		3	3			1	
Nein:	5			2	1		
Enthaltung:							
Befangen:							

Der Änderungsantrag ist bei 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, an den beiden Standorten Lawaetzstraße 5 bis 7 und östlich des Hermann-Klingenberg-Ringes die Errichtung weiterer geförderter Wohngebäude in serieller Bauweise zu planen und die Entwürfe dem Sozialausschuss vorzulegen.

Abstimmung über den ungeänderten Beschlussvorschlag:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:							
Nein:	5			2	1	1	
Enthaltung:		3	3				
Befangen:							

Bei 6 Enthaltungen einstimmig abgelehnt.

TOP 11: M 24/0338
1. Halbjahresbericht 2024

Der Sozialausschuss nimmt den 1. Halbjahresbericht 2024 zur Kenntnis. Es werden keine Fragen gestellt.

**TOP 12:
Einwohnerfragestunde, Teil 2**

Es werden keine Fragen gestellt.

**TOP 13:
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP 13.1:
Stand der Einführung der Bezahlkarte (Asylbewerberleistungsgesetz)**

Herr Neuenfeldt berichtet, dass sich die Vergabe der Bezahlkarte zur Auszahlung von Leistungen nach dem AsylbLG auf Grund einer Beschwerde durch einen unterlegenen Bieter beim OLG Karlsruhe bis auf Weiteres verzögert. Da der Vergabesenat unabhängig entscheidet, lässt sich keine Prognose über das weitere Verfahren anstellen.

**TOP 13.2:
Beantwortung der Einwohnerfrage aus der Sitzung des Sozialausschusses am 20.06.2024, TOP 5.1 zu einer städtischen Notunterkunft**

Herr Neuenfeldt gibt die Beantwortung der Einwohneranfrage als **Anlage 3** zur Niederschrift.

**TOP 13.3:
Verlängerung der Massenzustrom-Richtlinie für Menschen aus der Ukraine**

Herr Neuenfeldt berichtet, dass der vorübergehende Schutz der Flüchtlinge aus der Ukraine auf Vorschlag der Europäischen Kommission vom Europäischen Rat um ein weiteres Jahr (bis zum 04. März 2026) verlängert wurde
Aktuell fallen mehr als vier Millionen Menschen aus der Ukraine unter den vorübergehenden Schutz, von denen ein Drittel Kinder sind. Deutschland, Polen und Tschechien sind nach wie vor die Mitgliedstaaten, die die meisten Personen, die vorübergehenden Schutz genießen, aufgenommen haben (Deutschland mehr als 1,2 Millionen Personen, Polen fast 1 Million und Tschechien knapp 400.000 Menschen). Es ist also auch in den nächsten Jahren mit dem Verbleib bzw. auch weiterem Zugang von Menschen aus der Ukraine zu rechnen.

**TOP 13.4:
Projekt „Brückenschlag“ - Antrag beim ESF-Bundesprogramm „EhAP Plus - Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen“**

Herr Neuenfeldt berichtet über das Projekt „Brückenschlag“ (**Anlage 4**).

**TOP 13.5:
Anfrage der AfD-Fraktion zur Sicherheitssituation in städtischen Einrichtungen zur Unterbringung von Asylbewerbern**

Die Anfrage von Herrn Wendorf (AfD-Fraktion) geht als **Anlage 5** zur Niederschrift.

Die Öffentlichkeit wird für den weiteren Verlauf der Sitzung ausgeschlossen.